

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 23.04.2026

Fragen

Neuausrichtung des Kinderbüros

Mina Naghbi

Podiumsdiskussion Inklusion

Philipp Ulrich

Dringliche Anträge

**Zuverdienst Verbot während Bezug von
Arbeitslosengeld evaluieren**

Christopher Fröch

Frage für die Fragestunde (§ 16a GO-GR)

Fraktion:
KPÖ

Datum:
23.04.2026

Antragsteller:in(nen): GR Mina Naghibi (KPÖ)

Regierungsmitglied(er): Stadträtin Mag. Dr. Claudia Unger (ÖVP)

01_Neuausrichtung des Kinderbüros

Das Kinderbüro wurde 1992 als erste spezialisierte Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche in Österreich gegründet. Ziel war es, die Rechte von Kindern auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention in der Gesellschaft zu verankern.

Projekte wie das Kinderparlament und die Kinderbürgermeister:innen sind im Grazer Rathaus präsent und haben auch bei Entscheidungsfindungen als Anstoßgeber immer wieder eine wichtige Rolle gespielt.

Nachdem das Land Steiermark dem Kinderbüro im Vorjahr die Basisförderung gestrichen hat, war der steirische Kinderrechtsverein mit Sitz in Graz zu einer Neuausrichtung gezwungen. Die Arbeit soll nun stärker „eigenfinanziert, unabhängiger und unternehmerischer“ erfolgen, wie im Dezember bei einer Pressekonferenz bekanntgegeben wurde.

Diese Umstrukturierung hat auch zur Kündigung des bisherigen Teams geführt, wie Medienberichten zu entnehmen waren. Von der Auflösung von 10 Beschäftigungsverhältnissen war zu lesen. Auch sollte das Kinderbüro, um seinen Fortbestand abzusichern, von öffentlichen Förderstrukturen unabhängig werden und Kooperationen mit Unternehmen anstreben.

Was dies konkret bedeutet, bleibt unklar. Die Wahl des Kinderparlaments und der Kinderbürgermeister:innen, die bisher immer im März durchgeführt wurde, scheint entfallen zu sein. Die Teilnehmer:innen der Veranstaltungen wurden bisher im Unklaren gelassen, in welchem Verhältnis zur Stadt Graz das Kinderbüro nun steht und ob es sich nun um eine private oder eine städtische Initiative handelt. Aus Gründen der Transparenz ist es geboten, hier Klarheit zu schaffen.

Es wird folgende

ANFRAGE

gestellt:

In welcher Form beteiligen Sie sich in Ihrer Zuständigkeit seit der Neuausrichtung des Kinderbüros an der inhaltlichen Gestaltung, Umsetzung und der Finanzierung der Projekte des Kinderbüros?

Anlagen:

Freigaben / Unterschriften:

GR Mina Naghibi (KPÖ)

Beschlussvermerk

Gemeinderat am 23.04.2026 mündlich beantwortet Schriftführer:in: Lidija Fink
--

Frage für die Fragestunde (§ 16a GO-GR)

Antragsteller:in(nen): GR Philipp Ulrich (KPÖ)

Regierungsmitglied(er): Stadträtin Mag. Dr. Claudia Unger (ÖVP)

02_Podiumsdiskussion Inklusion

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Inklusion ist mehr als nur ein politisches Schlagwort, sie ist eine gesellschaftliche Verpflichtung. Im Grazer Gemeinderat haben wir fünf Jahre lang häufig über Initiativen und Perspektiven diskutiert, oftmals im einstimmigen Konsens.

Während des Wahlkampfes rückt die politische Debatte über die Inklusion leider oftmals in die zweite Reihe, da die wahlwerbenden Parteien gerne ihre großen Kernkompetenzen in den Fokus rücken. Eine eigene Podiumsdiskussion zur Inklusion wäre daher nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

Viele Menschen mit bzw. auch ohne Behinderungen würden gerne mehr über die Inklusionsziele der Parteien bzw. deren Sprecher:innen erfahren, um die eigene Wahlentscheidungen zu erleichtern. Eine eigene Diskussion würde zeigen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Themen wie barrierefreier Wohnraum, inklusive Bildung oder Arbeitsmarktintegration verdienen eine eigene Bühne, nicht nur einen Nebensatz in allgemeinen Debatten. Inklusion ist oftmals sehr komplex und erfordert spezifische Maßnahmen. In einer eigenen Diskussion könnten Expert:innen, Betroffene und Politiker:innen auch tiefergehende Konzepte diskutieren.

Die Grazer:innen haben das Recht zu wissen, welche Partei Inklusion nicht nur im Programm führt, sondern auch umsetzen will. Eine Podiumsdiskussion würde Unterschiede zwischen leeren Versprechen und echten Plänen aufzeigen. Sie wäre auch ein klares Zeichen. Inklusion ist kein Randthema, sondern betrifft uns alle. Sie prägt Familien, Schulen und Arbeitsplätze und verdient daher vor einer Wahl besondere Aufmerksamkeit.

Inklusion ist und bleibt eine Frage der Gerechtigkeit. Eine eigene Podiumsdiskussion würde sicherstellen, dass sie nicht untergeht, sondern endlich die Priorität bekommt, die sie verdient.

Es wird folgende

ANFRAGE

gestellt:

Sind Sie als Inklusionsstadträtin bereit, eine Podiumsdiskussion der Inklusionssprecher:innen bzw. Kandidat:innen ins Leben zu rufen?

Anlagen:

Freigaben / Unterschriften:

GR Philipp Ulrich (KPÖ)

Beschlussvermerk

Gemeinderat am 23.04.2026 mündlich beantwortet Schriftführer:in: Lidija Fink
--

Dringlicher Antrag (§ 18 GO-GR)

Antragsteller:in(nen): Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Zuverdienst Verbot während Bezug von Arbeitslosengeld evaluieren

Seit 1. Jänner 2026 gilt in Österreich ein weitgehendes Verbot des geringfügigen Zuverdienstes während des Bezugs von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe – eine geringfügige Beschäftigung ist nur noch in wenigen Ausnahmefällen zulässig.

Diese neue Regelung wird zwar laufend evaluiert und nachjustiert, für die Betroffenen bedeuten sich ständig ändernde Auflagen, Voraussetzungen und Regeln aber vor allem Unklarheit.

Betroffen sind vor allem Menschen:

- die unfreiwillig ihre Arbeit verlieren und nicht völlig aus ihrem Berufsfeld herausfallen wollen,
- die nach Leiharbeit, Kündigung oder Betriebsschließung wenigstens einen Fuß in der Arbeitswelt behalten möchten,
- die im prekären Bereich Kunst und Kultur tätig sind
- die sich nach Krankheit, psychischer Belastung oder Reha langsam wieder Struktur aufbauen,
- die wegen Betreuungspflichten, gesundheitlicher Einschränkungen oder belastender Lebenssituationen nicht sofort wieder voll einsteigen können.

In diesen Situationen haben geringfügige Beschäftigungen eine wichtige Funktion:

- sie erhalten den Kontakt zum Arbeitsmarkt
- sie stabilisieren den Alltag
- sie unterstützen den schrittweisen Wiedereinstieg

Gerade diese Funktionen sollten gestärkt und institutionalisiert werden. Das unterstreicht auch Silvia Hofbauer, Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der Arbeiterkammer Wien, gegenüber dem Standard am 30. Dezember 2025: *"Wir gehen davon aus, dass die Armut weiter steigen wird." Gerade jetzt, argumentiert sie, sei der Zeitpunkt heikel. Die Wirtschaft stagniert, viele Betriebe würden weniger Stellen ausschreiben, und nicht jeder könne schnell in eine Vollzeitstelle wechseln.*

(<https://www.derstandard.at/story/3000000302446/der-nebenverdienst-fuer-arbeitslose-faellt-weg-und-die-kritik-daran-waechst>)

Daher sollte man, anstatt des Verbots, ein Modell entwickeln um geringfügige Beschäftigungen als Instrument zur Arbeitsvermittlung zu sehen. Der Nutzen wäre weit stärker als der Schaden.

Auch das Modell der Unterstützung von Fortbildungen durch die Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) sollte wesentlich höher angepasst werden. Die DLU sind vom Gesetzgeber im Vergleich zu 2025 um nur 3,1 Prozent angehoben worden und machen nun etwa für die Gruppe der Jugendlichen statt einem DLU-Taggeld von 14,21€ (2025) im laufenden Jahr 14,66 € täglich aus. Die wichtige Entscheidung einen neuen Beruf zu erlernen, scheitert oft am finanziellen – hier muss man gegensteuern. Menschen in Ausbildung sollen genug Geld zum Leben haben und ohne finanzielle Sorgen und Angst vor sozialer Ausgrenzung lernen können.

Es wird folgender

ANTRAG

gestellt:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft am Petitionsweg auf:

- 1. Das bestehende Verbot zu einem flexibleren Zuverdienst Modell weiterzuentwickeln, das geringfügige Beschäftigung als Übergangsinstrument ermöglicht und die Vorteile dessen nutzt.**
- 2. Die bestehenden Ausnahmen in ein transparentes Gesamtsystem zu überführen, das unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigt und Planungssicherheit schafft.**
- 3. Die Leistungen im Bereich des Titels „Deckung des Lebensunterhalts (DLU) für arbeitssuchende Menschen in Schulungen“ – besonders für Jugendliche unter 18 Jahren – mögen aufgrund der seit Jahren hohen und gerade jetzt durch neue Krisen wieder sehr hohen Inflationsraten über die übliche prozentuelle Anhebung hinaus angepasst werden.**

Freigaben / Unterschriften:

Christopher Fröch, MA, BSc (KPÖ)

Beschlussvermerk

Gemeinderat am 23.04.2026

mehrheitlich angenommen

Anmerkungen zur Abstimmung:

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen. Zustimmung: KPÖ, Grüne, SPÖ, dagegen: ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ

Schriftführer:in: Martina Hirschenbrunner